



Global Compact
Netzwerk Deutschland

EXPERT PAPERS

Zielkonflikte und Leitbilder

für eine gerechte und nachhaltige
Zukunft – der Beitrag der Wirtschaft



Impressum

Herausgeber:
Geschäftsstelle Deutsches Global Compact Netzwerk (DGCN)
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Reichpietschufer 20
10785 Berlin

Konzeption, Redaktion, Gestaltung und Satz:
macondo publishing GmbH
Dahlweg 87
48153 Münster
macondo.de

Redaktionelle Mitarbeit:
Dr. Elmer Lenzen, Gesa Weber, Milena Knoop,
Julia Arendt, Marion Lenzen

Papier: 100 % Recyclingpapier, FSC-zertifiziert

Titelfoto: den-belitsky/stock.adobe.com

© Deutsches Global Compact Netzwerk, September 2018

Im Auftrag des



Die „Expert Papers“ dienen ausschließlich der Vorbereitung und Vertiefung in die Thematik und sollen Argumente und Standpunkte zur Diskussion liefern. Die darin geäußerten Ansichten sind nicht Ausdruck einer Stellungnahme seitens des Deutschen Global Compact Netzwerkes.

Executive Summary

Grenzen des Wachstums, Digitalisierung, eine gerechte Globalisierung — das sind nur einige Stichworte der enormen Herausforderungen unserer Zeit. Wie können wir diese angehen? Eine Antwort darauf geben die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (nach ihrer englischen Fassung als SDGs abgekürzt). Das Kernstück bildet ein Kanon von 17 Zielen. Sie berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit — Soziales, Umwelt, Wirtschaft — und gelten für alle Länder der Welt gleichermaßen.

Dem UN Global Compact kommt hierbei die wichtige Aufgabe zu, die SDGs in Unternehmenswirklichkeit zu übersetzen und im Gegenzug die Rolle der Unternehmen bei der Umsetzung der SDGs zu fördern. Dazu gehört auch, die Nachhaltigkeitsagenda mit der aktuellen politischen Diskussion und Realität abzugleichen. Das Deutsche Global Compact Netzwerk (DGCN) greift hierfür auf globale Megatrends als Treiber des Wandels zurück.

Im Bestreben, den Beitrag der Wirtschaft zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele zu fördern, rief das Deutsche Global Compact Netzwerk 2017 die Dialogserie „Unternehmen 2030“ ins Leben. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe wurden zunächst zwei der bestimmenden Megatrends bis 2030 mit hochrangigen Vertreter*innen aus Unternehmen, Politik und Wissenschaft diskutiert: „Ressourcenknappheit“ und die „Zukunft der Arbeit“.

Dieses Expert Paper baut darauf auf und thematisiert den Spannungsbogen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Im Fokus stehen dabei die Auseinandersetzung mit Zielkonflikten, die sich am gegenwärtigen Wirtschaftswachstumsmodell entzünden, sowie die Entwicklung von Leitbildern einer sozial inklusiven und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft:

- Welche Zielkonflikte ergeben sich aus unserer Fokussierung auf Wachstum?
- Gibt es aktive Gestaltungsmöglichkeiten durch tragbare Leitbilder und plausible Erklärungsmodelle?
- Welche Rolle spielt dabei Wirtschaft in Zusammenarbeit mit Politik und Zivilgesellschaft?

Der erste Teil dieses Expert Papers thematisiert Zielkonflikte und Herausforderungen: Dazu gehören die ökologischen Grenzen des Wachstums (sogenannte „planetary boundaries“), die Digitalisierung und ihr Einfluss auf die Zukunft der Arbeit sowie Fragen zu Arbeits- und Verteilungsgerechtigkeit. Die Ansichten des bekannten Gegenwartsphilosophen Richard David Precht sind hier immer wieder eingebunden. Er wird bei der kommenden Teilnehmerkonferenz im Oktober 2018 die Keynote halten. Den Übergang dieses Kapitels bildet ein Interview mit Susanne Marell zum Vertrauensverlust in Institutionen und der Rolle der Wirtschaft.

Der zweite Teil des Expert Papers widmet sich Leitbildern und Lösungsansätzen. Er startet mit einem Beitrag von Ralf Fücks zu „Sicherheit im Wandel“ als eine Antwort auf die antilibérale Revolte der Gegenwart. Anschließend greifen wir noch einmal das Thema bedingungsloses Grundeinkommen auf und schaffen auch hier Referenzen zur digitalen Utopie von Precht. Es folgt der Aspekt der Internalisierung von Sozial- und Umweltkosten — hierzu hat u.a. Paul Polman (CEO bei Unilever und UN Global Compact Vice Chair) Wichtiges zu sagen. Gelingen wird all das aber nur, wenn wir Globalisierung gerecht und fair gestalten. Darauf verweist Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, dessen neues Buch wir abschließend vorstellen.



Understanding global mega-trends is crucial. We live in times of multiple, evolving and mutually-reinforcing shifts. These dynamics, of geopolitical, demographic, climatic, technological, social and economic nature, enhance threats and opportunities on an unprecedented scale.

Against this background, the UN faces new challenges in ensuring peace and security, promoting sustainable development, protecting human rights and delivering humanitarian aid.

Quelle: Secretary-General António Guterres' Vision Statement for the UN

Herausforderung Planetary Boundaries

Erdüberlastung

Laut Berechnungen des Global Footprint Network verbraucht die Weltbevölkerung mehr als eineinhalb Mal so viele Ressourcen, wie die Erde bieten kann. Mathis Wackernagel, Präsident des Global Footprint Network: „Ohne unseren Ressourcenhunger radikal und schnell umzulenken, werden wir nicht nur einiges an Biodiversität verlieren, sondern auch schon für heute lebende Generationen die Lebensgrundlagen enorm schwächen. Wirtschaften mit der Natur und nicht gegen sie, sehe ich als einzigen Weg.“

Schließen sich Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung aus? Ist ein umwelt- und sozialverträgliches Wachstum überhaupt möglich? Verbrauchen nicht auch vermeintlich umweltfreundliche Technologien wie Fotovoltaikanlagen Ressourcen und schädigen die Umwelt? Diese Fragen und Zielkonflikte werden von Expert*innen kontrovers diskutiert.

Unstrittig ist, dass wir auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen leben. Ein grenzenloses, dauerhaftes Wirtschaftswachstum ist daher schon rein physikalisch nicht möglich. Dennoch beruht die wirtschaftliche Logik nach wie vor auf dem Prinzip des „Größer, Schneller, Weiter“. Als gängiger Maßstab für den Erfolg und Wohlstand von Gesellschaften gilt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und sein Wachstum. Die Idee dahinter: Wenn die Wirtschaft wächst, verbessern sich auch die Lebensbedingungen der Menschen insgesamt.

Diese Sichtweise wird jedoch immer stärker in Zweifel gezogen. Denn trotz wirtschaftlichen Wachstums und unbestrittener Wohlstandsgewinne in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschlechtern sich die Lebensbedingungen von Teilen der Bevölkerung: Die soziale Ungleichheit wächst auch in westlichen Industrieländern, die natürlichen Lebensgrundlagen werden weltweit überfordert und die Menschen hierzulande sind laut Umfragen immer weniger glücklich.

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft haben deshalb damit begonnen, neue Wohlfahrtsmaße und Wirtschaftsmodelle zu entwickeln, die soziale und ökologische Aspekte stärker berücksichtigen.

Der Ökonom Niko Paech gehört zu den bekanntesten Wachstumskritikern in Deutschland und ist überzeugt, dass eine Wachstumsrücknahme (Englisch: Degrowth) unausweichlich ist, um die Erde vor einem gesellschaftlichen und ökologischen Kollaps zu bewahren. Sein Credo: „Souverän ist nicht, wer viel hat, sondern wenig braucht.“ Sein Gegenentwurf ist die Postwachstumsökonomie, in der das Wirtschaften genügsamer, aber auch ökologisch verträglicher wäre.

Auch der britische Wirtschaftsexperte Tim Jackson fordert die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf einem anderen Wohlstandsbegriff beruht, und die die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen befriedigt, ohne die ökologischen Grundlagen unserer Existenz zu zerstören. Die Reformvorschläge reichen von verstärkten ökologischen Investitionen in nachhaltige Technologien, erneuerbare Energien und das Gemeinwesen bis hin zum Ausbau von Infrastrukturen und zur Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle.

Welche ökologischen Auswirkungen eine stetig steigende Wirtschaftsleistung haben kann, zeigt das Beispiel Klimawandel: Laut aktuellem Jahresbericht der US-Klimabehörde NOAA war das Jahr 2017 das drittwärmste je gemessene Jahr. Schrumpfende Gletscher, steigender Meeresspiegel, Korallensterben, Stürme und Überschwemmungen – die Folgen der Erderwärmung spitzen sich zu.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Weltgemeinschaft auf der Pariser Klimaschutzkonferenz (COP21) im Dezember 2015 erstmals auf ein allgemeines, rechtsverbindliches weltweites Klimaabkommen geeinigt. Dieses beinhaltet das Ziel, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf höchstens zwei Grad zu begrenzen. Andernfalls würde sich das Risiko von unumkehrbaren Klimaveränderungen drastisch erhöhen. Nach Meinung von Expert*innen ist dafür eine Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes um 40 Prozent bis 70 Prozent bis 2050 (im Vergleich zu 2010) notwendig.

Auch Graeme Maxton, Generalsekretär des Club of Rome, forderte auf der Teilnehmerkonferenz des Global Compact Netzwerks Deutschland 2017 zu einem zügigen Umdenken auf, um den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken und so ökologischen und sozialen Katastrophen vorbeugen zu können. Das Pariser Klimaabkommen genüge nicht, um das ehrgeizige Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Es müsse innerhalb der nächsten vier Jahre schon ein entscheidender Wandel in der Art, wie produziert und wie konsumiert wird, eintreten.

In der EU wird der Ausstoß der CO₂-Emissionen über den Emissionshandel geregelt. CO₂-Steuern sind ein weiteres Instrument, das laut einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) bislang stark unterschätzt wird. Ein CO₂-Preis könnte ein geeignetes Mittel sein, um die für Bildung, Sicherheit oder das Transportwesen nötigen Einkünfte zu erzielen, so PIK-Autor Max Franks. „Finanzminister könnten so Gelder in den Ausbau von Infrastruktur stecken und dem Gemeinwohl substanziell und nachhaltig nutzen. Dieser Nutzen ist volkswirtschaftlich bares Geld wert. Und er kommt eben auch dem Klimaschutz zugute, da ein CO₂-Preis einen starken Anreiz zur Emissionsreduktion setzt.“

Unternehmen, insbesondere der Energiesektor, spielen beim Thema Dekarbonisierung eine Schlüsselrolle. Viele spüren bereits heute die Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Geschäftstätigkeit oder glauben, dass sie von mindestens einem klimabedingten Risiko betroffen sein werden. Das geht aus einer Studie der Zertifizierungsgesellschaft DNV GL hervor. Nur eine Minderheit hat jedoch Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Erhöhung ihrer Widerstandsfähigkeit implementiert. Unternehmen unterschätzten möglicherweise noch, wie gravierend die Auswirkungen sein könnten und wie dringend es ist, sich den Problemen und Risiken zu stellen, folgert Luca Crisciotti, CEO von DNV GL – Business Assurance.

Doch es geht auch anders, wie das Beispiel des norwegischen Gas- und Öl-Konzerns Statoil zeigt. Dort arbeitet man erfolgreich mit dem Konzept eines internen Kohlenstoffpreises. „Wir glauben“, so Bjørn Otto Sverdrup, Senior Vice President für Nachhaltigkeit, „dass man die Kosten des Kohlendioxids sichtbar machen muss. Immer wenn wir Investitionsentscheidungen treffen, bepreisen wir die damit verbundene CO₂-Emission. Das bedeutet, dass CO₂-intensive Projekte weniger attraktiv werden. Gleichzeitig fördert dieses Vorgehen Investitionen in Umwelttechnologien, macht sie profitabler.“

Deutsche Energiekonzerne sind seit dem politisch verordneten Atomausstieg auf der Suche nach neuen Geschäftsmodellen und setzten auf das Pariser Klimaabkommen. Andreas Rörig, Senior Vice President Sustainability bei E.ON, erläutert: „Erstens sind wir natürlich ein großer Player im Erneuerbare-Energien-Geschäft. Das zweite große Geschäftsfeld sind die Stromnetze.“ Hier gelte es, möglichst viel erneuerbaren Strom, der produziert wird, auch für die Kundschaft verfügbar zu machen. Die dritte Säule seien die eigentlichen Endkund*innen. „Wir verkaufen nicht nur Strom, sondern auch zunehmend Energieprodukte wie etwa PV- und Speicheranlagen. All das trägt letztendlich zur CO₂-Vermeidung durch unser Geschäftsmodell bei.“

Dass Klimaschutzmaßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur CO₂-Einsparung der Wirtschaft nicht schaden, belegt ein Projekt des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). Demnach konnten keine negativen Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit nachgewiesen werden, wohingegen die Wirksamkeit der Maßnahmen für die Umwelt bestätigt wurde.

Korruption und Menschenrechtsverletzungen durch Elektroautos?

Im wachsenden Sektor der E-Mobilität ist die Rohstoffbeschaffung ähnlich problematisch. Für die Batterien von Elektroautos werden unter anderem Lithium und Kobalt benötigt. Letzteres kommt häufig aus dem Kongo, wo Korruption, Gewalt und Armut herrschen. Kinderarbeit und Umweltverschmutzung sind ebenfalls eher die Regel als die Ausnahme. Weil etwa 60 Prozent des Weltmarktes für Kobalt aus dem Kongo beliefert werden, haben die Lieferanten eine relativ große Macht. Das erschwert eine Einflussnahme durch einzelne Automobilunternehmen zusätzlich.

Herausforderung Digitalisierung

Die Industrie erlebt derzeit einen grundlegenden Technologiewandel: Unter den Stichworten Digitalisierung, Automatisierung und Künstliche Intelligenz werden die Arbeitswelten der Zukunft neu vermessen. Schon heute arbeiten Roboter, Computer und Co. an vielen Stellen schneller, präziser, günstiger als Menschen. Künstliche Intelligenz wiederum wird die Welt so stark verändern wie die Einführung des Handys – wenn nicht noch stärker, davon ist zum Beispiel Markus Haas, CEO von Telefónica Deutschland, überzeugt. Nehmen Maschinen in der Zukunft den Menschen die Arbeitsplätze weg?

Ein Blick zurück: Die vorangegangenen industriellen Revolutionen waren unglaubliche Chancen für die Menschheit. Maschinen haben unsere Arbeit übernommen und davon profitieren wir bis heute. Aber mit der jetzigen, der sogenannten digitalen Revolution, könnten wir uns selbst abschaffen, warnen Pessimist*innen. Es sei denn, wir sind klug und gestalten die Arbeitswelten von morgen so, dass Arbeit und Verteilung von Wohlstand nicht nur denen überlassen werden, die Besitzer*innen der Programme und der Daten sind. Wie das zu bewerkstelligen ist, darüber diskutiert Richard David Precht in seinem neuen Buch „Jäger, Hirten, Kritiker“.

Precht sagt, die Digitalisierung bedroht alles, was wir kennen. Radikale Änderungen liegen vor uns, gar der Sprung in eine neue Epoche. Die erste industrielle Revolution, so Precht, verbesserte die Lebensbedingungen der meisten Menschen, brachte uns Demokratie und unfassbaren Reichtum. „Der große Unterschied besteht darin“, so Precht in der ARD, „dass in der ersten industriellen Revolution die körperliche Leistung des Menschen durch Maschinen ersetzt wurde. Was jetzt im Second Machine Age passiert ist, dass die Intelligenzleistung ersetzt wird. Die Folge wird sein, dass in vielen algorithmisierbaren Berufen – bei Versicherungen, bei Banken, bei Steuerberatern, bei Justiziaren in Firmen – eine massenhafte Arbeitslosigkeit eintreten wird, wie sie die Bundesrepublik seit ihrer Gründung nicht erlebt hat.“

Ganz ähnlich argumentierte auch Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), in seiner Keynote „Arbeit der Zukunft – Chancen und Risiken“ auf der DGCN-Teilnehmerkonferenz im April. Konträr zu früheren Debatten ist die Frage heute nicht mehr, so Hoffmann, ob durch eine Technologisierung Arbeitsplätze verloren gehen. Vielmehr sei ungewiss, wo sie verloren gingen und ob es gelänge, Transformationsprozesse so zu gestalten, dass neue Arbeitsfelder mit guten Arbeitsbedingungen entstehen.

Entspannter sehen die Entwicklung viele Manager. Joe Kaeser etwa, CEO bei Siemens, schreibt in seinem LinkedIn-Blog: „Technologiegetriebene Transformationen als solche sind in der Wirtschaftsgeschichte nichts Neues. Dieses Mal jedoch beschleunigen Digitalisierung und ein globales Netzwerk an Echtzeit-Konnektivität die Geschwindigkeit des Wandels. In den letzten Jahren beispielsweise hat sich das globale Energiesystem von einer zentralisierten, fossilen Energieerzeugung zu erneuerbaren Quellen und damit zu einem dezentraleren, flexibleren System entwickelt. Diese fortschreitende Transformation war für alle Stakeholder in den konventionellen Stromerzeugungsindustrien sehr herausfordernd. Es gibt auch strukturelle Veränderungen in anderen wichtigen

Industrien. Denken Sie nur an die Automobilindustrie und die Umstellung auf elektrische Antriebe sowie eine Sharing Economy der Mobilität.“

Mit der Industrie 4.0 erleben wir die volle Wirkung der Digitalisierung in der industriellen Welt, die 70 Prozent des weltweiten Warenverkehrs ausmacht. In einer aktuellen Studie kam das McKinsey Global Institute (MGI) zu folgendem Schluss: Schon 2030 könnten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bis zu 15 Prozent der heute üblichen Tätigkeiten in verschiedenen Berufen durch Automatisierung ersetzt worden sein. Weltweit entspräche das 400 Millionen Vollzeitstellen. Entwicklungsländer seien dabei weniger stark betroffen als Industrieländer, wo das hohe Lohnniveau starke Anreize zur Automatisierung biete.

In Deutschland stehen im MGI-Durchschnittsszenario knapp 25 Prozent der Jobs auf der Kippe. Tritt das Szenario ein, müssten bis 2030 rund acht Prozent der Beschäftigten auf einen anderen Beruf umsatteln. Das wären drei Millionen Menschen. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) kam 2015 zu deutlich höheren Zahlen. Demnach arbeiten 42 Prozent der Deutschen in Berufen mit einer hohen Automatisierungswahrscheinlichkeit. Geht uns also die Arbeit aus? Das MGI erwartet das nicht. In Deutschland entstünden genügend Jobs, um die Verluste zu kompensieren. Auch weltweit wäre die Bilanz unter bestimmten Voraussetzungen positiv. Behält das MGI mit seinem Durchschnittsszenario recht, könnten bis 2030 global 390 bis 590 Millionen neue Stellen entstehen – deutlich mehr als wegfallen.

Joe Kaeser lenkt in seinem Blogeintrag neben der Art des Wandels, eben durch Digitalisierung, aber auch den Blick auf eine weitere wichtige Komponente: die rasante Geschwindigkeit des Wandels. Das wird, so eine aktuelle Studie der Beratungsgesellschaft Bain & Company, nicht ohne Folgen bleiben. „Die 2020er-Jahre werden zu einer Dekade der Extreme“, warnen die Autor*innen Karen Harris, Austin Kimson und Andrew Schwedel. „Die Automatisierung wird ganze Volkswirtschaften neu formen, die Arbeitsmärkte in Tumult versetzen und die Spielregeln in vielen Wirtschaftszweigen verändern.“ Gleichzeitig werde die Alterung der Bevölkerung die Sozialsysteme strapazieren, während die Verteilungsschere bei Einkommen und Vermögen in den meisten Industrieländern immer weiter aufgeht. Das sind vorhersehbare, massive gesellschaftliche Interessen- und Zielkonflikte. „Über den Industriestaaten braut sich ein Sturm zusammen“, zitiert die WELT die Autor*innen der Studie.

Immerhin: Deutschland wird laut Bain-Studie nicht so stark von der digitalen Transformation betroffen sein. „Zu Beginn der 20er-Jahre werden Arbeitskräfte zur Mangelware“, sagt Bains Deutschland-Chef Walter Sinn gegenüber der WELT. Danach werde die Zahl der Arbeitskräfte dank Automatisierung und KI-Lösungen zwar sinken, aber die Effekte könnten abgefedert werden. „In westeuropäischen Ländern wie Skandinavien, Deutschland und Frankreich könnten das stärkere soziale Netz und vergleichsweise regulierte Arbeitsmärkte dazu führen, dass Investitionen in die Automatisierung langsamer vorgenommen werden“, so Sinn weiter in der Zeitung.



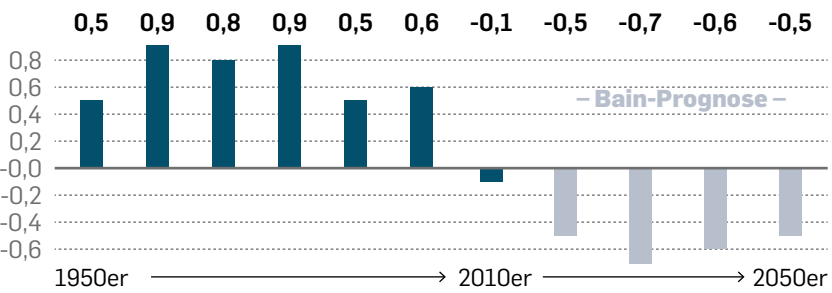
Richard David Precht
Jäger, Hirten, Kritiker: Eine Utopie für die digitale Gesellschaft

Goldmann Verlag
ISBN-13: 978-3442315017
Erschienen am: 23. April 2018

€ 20,00

Arbeitskräfteangebot in Europa geht zurück

Jährliches Arbeitskräftewachstum (EU-28, Durchschnitt pro Dekade, in Prozent)

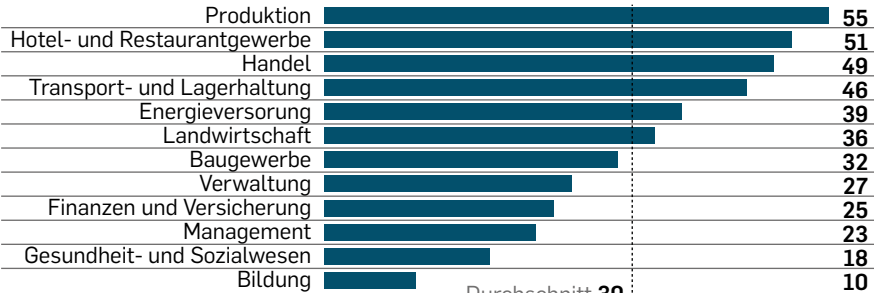


Quelle: Bain & Company

Arbeitskräfteangebot in Europa geht zurück. In den letzten Jahren beispielsweise hat sich das globale Energiesystem von einer zentralisierten, fossilen Energieerzeugung zu erneuerbaren Quellen und damit zu einem dezentraleren, flexibleren System entwickelt. Diese fortschreitende Transformation war für alle Stakeholder in den konventionellen Stromerzeugungsindustrien sehr herausfordernd. Es gibt auch strukturelle Veränderungen in anderen wichtigen

Produktivitätssteigerung durch Automatisierung

Anstieg der Arbeitsproduktivität von 2015 zu 2030 nach Branchen, in Prozent



Durchschnitt 30

Quelle: Bain & Company

Herausforderung Arbeits- und Verteilungsgerechtigkeit

Eine Diskussion über die Zukunft der Arbeit ist immer auch eine Diskussion über die gerechtere Verteilung der Wertschöpfung. DGB-Chef Reiner Hoffmann erinnerte bei der DGCN-Teilnehmerkonferenz daran, dass die klassischen Begriffe „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ auf internationaler Ebene neu definiert werden. Auch in einer digitalen Welt müssten Unternehmen Verantwortung als Arbeitgeber übernehmen. Momentan gehe die Tendenz aber dahin, dass es immer mehr Selbstständige gebe, denen soziale Absicherung fehle.

Dabei hat er jene neuen Jobmodelle im Blick, die Kritiker*innen als „digitale Tagelöhner“ bezeichnen: Ob Cloud-, Crowd-, Gigworking oder Zero-hour Contracts – häufig sind diese Anstellungsverhältnisse geprägt von einer hohen Flexibilisierung, schmaler Entlohnung und offenen sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen. Nicht nur kleinste Arbeitspakete („Mikrotasks“) verlagern sich heutzutage mehr und mehr in die Crowd, sondern auch komplexere Arbeiten. Zudem werde die Arbeitskraft externer Crowds zunehmend mit der interner Beschäftigter verknüpft. Von den entstehenden Synergien könnten Unternehmen profitieren.

Doch nicht alle Arbeitsverhältnisse sind attraktiv: In Deutschland sind zwar so wenig Menschen arbeitslos wie seit 26 Jahren nicht mehr, die Zahl der Entlassungen geht zurück. Doch viele Arbeitnehmer*innen stecken im Niedriglohnsektor fest, in Minijobs, Leiharbeit, Befristungen oder ungewollter Teilzeit. Für rund jede*n dritten Beschäftigte*n sind solche atypischen oder prekären Arbeitsformen immer noch der Normalfall, beklagt der DGB in einer aktuellen Studie.

Das bleibt nicht ohne Folgen bei der Verteilung des Wohlstands. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) driften die Einkommen hierzulande seit der Wiedervereinigung spürbar auseinander: Die zehn Prozent mit dem höchsten Einkommen erwirtschaften demnach heute fast genauso viel wie die mittleren 40 Prozent. Ihr Anteil am Volkseinkommen stieg von 32 Prozent im Jahr 1995 auf 40 Prozent im Jahr 2013.

Dagegen sank der Einkommensanteil der unteren 50 Prozent im selben Zeitraum von 26 Prozent auf knapp 17 Prozent. Sprich: Gutverdiener*innen verdienen heute mehr, Normal- und Geringverdiener*innen weniger.

Diese Entwicklung stellt auch Handel und Konsumgüterindustrie vor eine grundsätzliche Wahl. Michael Gassmann schreibt in der WELT: „Die Firmen

müssen sich entweder für das Luxussegment entscheiden, charakterisiert durch hohe Margen, aber auch durch kostenintensive Ansprüche der Kundschaft an Individualisierung und Service. Oder sie gehen in den Massenmarkt, in dem die Gewinnspannen niedriger sind und Kosteneffizienz entscheidet.“ Im oberen Segment bestehe die Gefahr einer Überschätzung der Wachstumschancen, im unteren könne es zu einer dauerhaften Abschmelzung der Preise bis hin zur Deflation kommen.

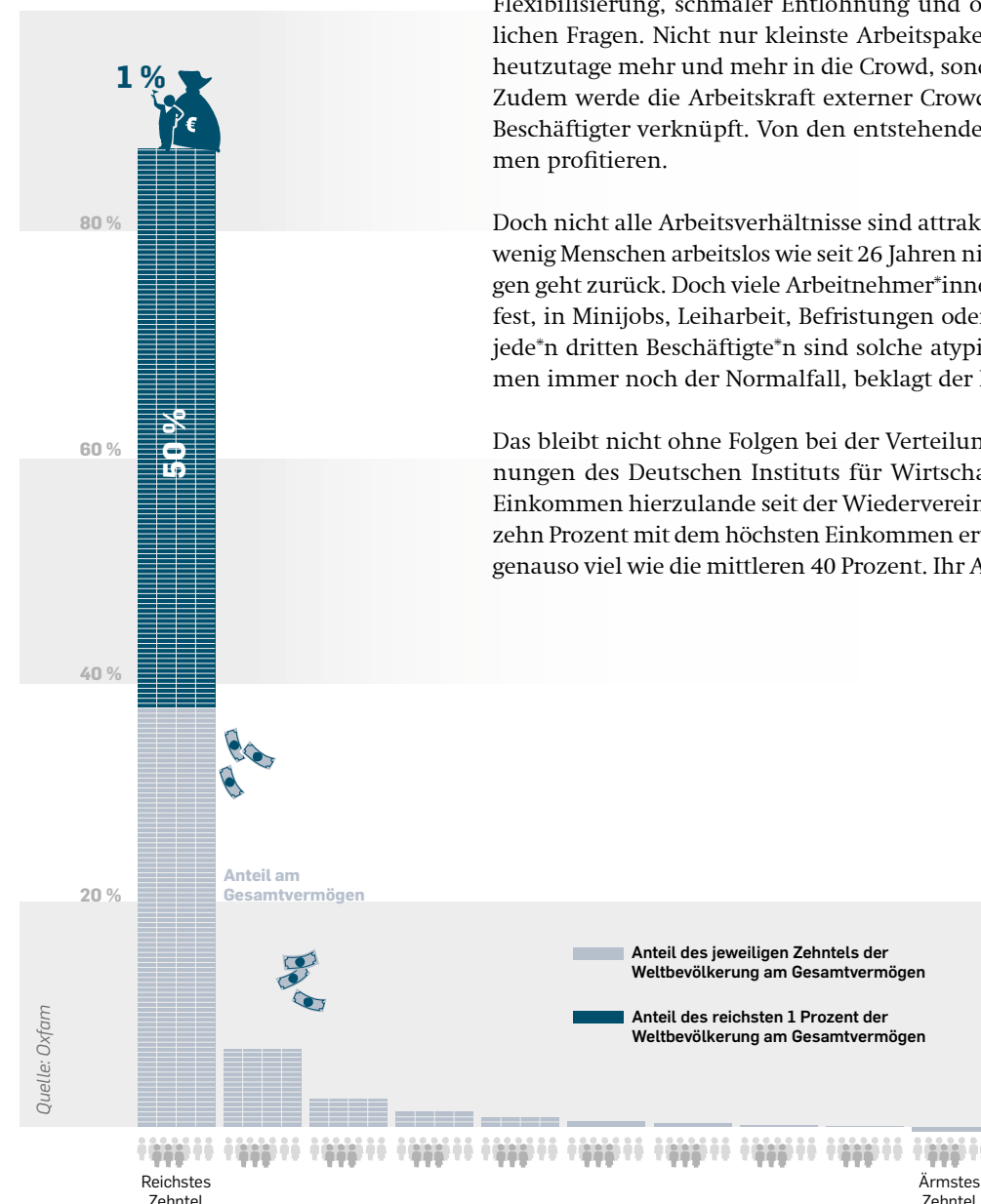
Für Richard David Precht geht es bei Fragen zur Zukunft der Arbeit aber nicht nur um Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch um Sinnhaftigkeit. In einem Interview im Kulturmagazin „tut – titel, thesen, temperamente“ sagte er: „Die Menschen fühlen sich völlig alleingelassen bei der Frage: Wie sieht das Leben in 20 Jahren aus? Es gibt überhaupt keine politische Erzählung darüber, es gibt nur technische Erzählungen. Wir müssen ein positives Menschenbild dagesetzen. Wir müssen aus einer Welt rauskommen, in der wir Menschen für defizitäre Computer oder schlecht arbeitende Roboter halten.“

Dabei kommt Precht zu einer anderen Schlussfolgerung als Hoffmann: Es gehe nicht darum, alte Muster in die Zukunft hinüber zu retten, sondern neue Lösungen zu finden. Im Deutschlandfunk sagte er: „Wir versuchen im Moment, den Arbeitsmarkt von gestern mit einem Mindestlohn zu stabilisieren. Gutverdienende Piloten streiken, um ihre Privilegien zu sichern, bevor in zehn Jahren kein einziger Pilot mehr ein Flugzeug fliegt. Was wir im Augenblick machen: Wir dekorieren auf der Titanic die Liegestühle um.“

Gig-Economy gefährdet das Wohlbefinden

Die digitale Gig-Economy, in der Freelancer über Vermittlungsplattformen Aufträge finden, boomt weltweit. Doch oft sehr schlechte Arbeitsbedingungen gefährdeten auf Dauer das Wohlbefinden der Auftragsarbeiter*innen, warnt eine aktuelle Studie der Universität Oxford. Besonders gefährdet sind demnach gering qualifizierte Freelancer, für die der Druck, sehr schnell sehr viel zu arbeiten, höher ist. Dazu tragen verschiedene Faktoren bei. So stammen Auftraggeber*innen meist aus dem reichen Westen und geben ihren Zeithrhythmus vor, was sich beispielsweise für Online-Freelancer aus Südostasien nicht mit einem normalen Tagesablauf verträgt. Dazu kommt der brutale Wettbewerb. Denn Top-Bewertungen auf den Plattformen führen dazu, dass man leichter weitere Aufträge bekommt. „Arbeitnehmer müssen so viele Gigs wie möglich so schnell wie möglich erledigen und die Anforderungen verschiedener Kund*innen erfüllen – egal wie unverschämte“, schreiben die Studienautor*innen.

Globale Vermögensverteilung



Es fehlt an langfristigem und komplexem Denken

Dass es bei der Globalisierung nicht immer gerecht zugeht, ist lange bekannt. Der Global Compact wurde letztendlich deshalb vom kürzlich verstorbenen früheren UN-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen: „Wenn Globalisierung nicht für alle von Nutzen ist, wird sie am Ende für keinen von Nutzen sein“, war einer seiner Sätze, die immer in Erinnerung bleiben werden. Woran liegt es also, dass Erkenntnis nicht immer zu Handeln führt? Prof. Dr. Armin Nassehi hat dazu auf der DGCN-Teilnehmerkonferenz im Frühjahr 2018 wichtige Impulse geliefert: Es gehe darum, Konsens über die Ziele zu erreichen, die Stakeholder zu identifizieren und die Akteure zu definieren, die er an dieser Stelle als die Vereinten Nationen und staatliche Organisationen identifizierte. Mit Blick auf die Agenda 2030 ist die Zeit knapp und die Koordinationsaufgaben sind groß. Deshalb sei es notwendig, eine Idee davon zu haben, wo das Kom-

plexitätsproblem liege: im Problem der Wechselwirkung. Der Münchner Soziologe glaubt, dass die moderne Gesellschaft von einer verteilten Intelligenz geprägt ist. Mit dem Gewinn von pluraler Intelligenz und Autonomie gehe ein Verlust zentraler Steuerungskapazitäten einher. Die Komplexität der Gesellschaft bestehe darin, dass alle Themen mehrfach kodiert seien – die Übersetzung zwischen den verschiedenen Spielern und Interessen sei ungemein schwer und die Synchronisationsarbeit damit nahezu nie fertig. Komplexe Systeme verlangten indirekte Steuerungsstrategien – beispielsweise durch Dialog. Beim Thema Zukunft der Arbeit stelle sich deshalb die Frage, wie man die Kontinuität von Lebensverläufen der Diskontinuität von Wertschöpfung gegenüberstelle. Hier sieht Nassehi den eigentlichen politischen Auftrag: Anspruchsberechtigte definieren, Steuern erheben und Ausfallversorgungen vorbereiten.

Deutsche wünschen sich von Unternehmen eine klare politische Haltung

Im Gespräch mit Susanne Marell,
Expertin für Reputation und Medien

Unsere Gesellschaft beruht auf geteilten Werten und Vertrauen. Bei dem gibt es sichtbare Risse. Sie beschäftigen sich beruflich mit dem Thema Reputation. Wie sieht die Entwicklung hierzulande und weltweit aus?

Digitalisierung, Globalisierung, Migration, Klimaschutz und demografischer Wandel sind die zentralen Stichworte unserer Gegenwart. Weltweit verschieben sich politische Machtverhältnisse, wir sehen eine Polarisierung der Gesellschaft in sozialen und kulturellen Themen. All dies führt zu einer hohen Verunsicherung, Menschen haben das Gefühl, die Kontrolle über ihr eigenes Leben zu verlieren und fühlen sich abgehängt. Die Folge sind erhebliche Vertrauensverluste in systemrelevante Institutionen wie z.B. Politik, Wirtschaft, Medien und auch NGOs. Trump, Brexit, das Erstarken von populistischen Parteien — überall auf der Welt sehen wir die Folgen.

Vertrauensstudien zeigen, dass gerade in den letzten 12 bis 18 Monaten in der Mehrheit der befragten Länder signifikante Vertrauensverluste in öffentliche Institutionen zu verzeichnen sind. Deutschland wies in den vergangenen Jahren im weltweiten Vergleich eher stabile Vertrauenswerte in Wirtschaft, Politik, Medien und NGOs auf, wenn auch auf niedrigerem Niveau als andere Länder wie z.B. die Niederlande, Kanada oder Hongkong. Angesichts der aktuellen Debatten in Deutschland um Migration, Rechtspopulismus und auch Koalitionsmüdigkeit kann man davon ausgehen, dass diese Werte aktuell im Sinkflug sind.

Woher kommt der Vertrauensverlust?

Die beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen sind ein wesentlicher Treiber des Vertrauensverlustes. Verstärkt wird dies durch das weltweite Phänomen Fake News. Fake News im eigentlichen Sinne gibt es zwar schon so lange, wie es Menschen auf dieser Erde gibt, aber durch die Digitalisie-

rung und Technologien wie Social Bots und Co scheinen die Möglichkeiten und Ausmaße unbegrenzt: Beeinflussung von Wahlen, gezielte Verleumdungskampagnen, Hate Speech — jeden Tag gibt es neue Beispiele. Fake News wirken wie Brandbeschleuniger und treiben Vertrauenswerte noch weiter nach unten: Wem kann ich überhaupt noch glauben? Woran erkenne ich Fake News? Wer wird von wem bezahlt, um Falschmeldungen in die Welt zu setzen?

Reden wir über die Treiber! „Klassische“ Medien spielen bei der Meinungsbildung eine immer geringere Rolle. Was heizt so etwas an?

Digitalisierung und Globalisierung haben die Meinungsbildungsprozesse in den letzten Jahren komplett verändert. Suchmaschinen, Social-Media-Kanäle, News-Apps, Influencer und auch Marken generieren Inhalte, nehmen Stellung, beeinflussen Erwartungen und Meinungen. Klassische Medien haben ihre Vormachtstellung verloren. Mehr denn je bewegt sich jeder in seiner eigenen kommunikativen Filterblase und orientiert sich zumeist daran, was die eigene Meinung bestätigt. Abweichende Meinungen werden tendenziell ignoriert.

Zudem manifestiert sich der Eindruck, dass die etablierte Presse in Deutschland nicht das gesamte Meinungsspektrum widerspiegelt, sondern zumeist linksliberale Positionen vertritt. Gabor Steingart schreibt dazu treffend: „Wir schreiben aus der Altbauwohnung mit Stuckdecke über die im Plattenbau mit Graffiti — oft herablassend und belehrend, zuweilen mitleidslos.“

Vierorts entsteht auch Politik- und Elitenverdrossenheit. Haben sich die Gruppen auseinandergelebt?

Eindeutig ja. Politik- und Elitenverdrossenheit ist in der Mitte der Bevölkerung angekommen. Die spürbare Polarisierung der Gesellschaft findet in sozialen, kulturellen und digitalen Di-

mensionen statt. Es ist ja auch Fakt, dass sehr unterschiedlich am Wachstum partizipiert wurde. Jemand, der z.B. zwei Jobs braucht, um die Grundversorgung der Familie sicherzustellen, muss sich zwangsläufig als Verlierer von Globalisierung und Digitalisierung fühlen. Über Jahrzehnte stand die Mitte der deutschen Bevölkerung für Stabilität und Zukunftsoptimismus. Das ist jetzt vorbei — sehr deutlich ablesbar auch an den hohen Wählerabgängen der sogenannten Volksparteien. Die Gesellschaft ist gespalten — in vermeintliche Gewinner und Verlierer.

Wem kann man denn heutzutage noch vertrauen? Wenn traditionelle Vertrauenspersonen im Sinkflug sind, müssen ja andere aufsteigen ...

In verschiedenen Studien konnte man über Jahre beobachten, dass „Personen wie du und ich“, also Familie, Freunde und gute Bekannte, gerade in Deutschland hohes Vertrauen genießen, wenn es um Meinungsbildung und Konsumentscheidungen geht. Deutlich vor Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft. CEOs, Aufsichtsräte und politische Vertreter waren zumeist am unteren Ende der Vertrauensskala zu finden. Getriggert durch die hohe Verunsicherung und durch das Phänomen Fake News kommt es jetzt zu einer Umkehr. Man sucht regelrecht wieder nach Fachleuten, die komplexe Themen und Entwicklungen einordnen und erläutern können. Die Gruppe der Experten wies 2018 die höchsten Vertrauenszugewinne aus.

Die Wirtschaft wird von vielen Menschen als wichtigster Akteur bei Innovationsfragen angesehen und auch als Change Agent bei gesellschaftlichem Wandel. Müssen CEOs unsere postfaktische Welt retten?

Auf jeden Fall wird der deutschen Wirtschaft und damit den CEOs zugetraut, dass sie Lösungen für gesellschaftspolitische Themen vorantreiben können. Jeder dritte Deutsche wünscht sich von Unternehmen eine klare politische Haltung in

der Öffentlichkeit [Studie von JP I KOM & Civey, September 2018, Anm. d. Red.]. Vor allem Deutsche zwischen 18 und 49 Jahre befürworten dies. Insgesamt ist die Gesellschaft zu dieser Frage allerdings gespalten und die Einstellung dazu ist in erster Linie durch die politische Haltung definiert: Personen, die sich politisch der SPD, den Grünen und den Linken zuordnen, sind eher für politisch aktive Unternehmen, CDU- und FDP-Wähler sprechen sich für neutrale Haltungen aus und fast 80 Prozent der AfD-Wähler lehnen es sogar ab.

Dabei ist das Aktionsfeld für Unternehmen natürlich riesig: von Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer über eine klare Positionierung im Rahmen der öffentlichen Debatte um Rechtspopulismus bis hin zur Mitgestaltung eines zukunftsfähigen Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft. Allein schon im wirtschaftlichen Interesse der Unternehmen ist gesellschaftspolitisches Handeln gefragt. Steigende technologische Effizienz bedeutet auch sinkende Kaufkraft für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Und wer kauft zukünftig dann die Produkte und Leistungen der Unternehmen?

Die Erwartungen an die Wirtschaft sind riesig — Unternehmen sollen den Klimawandel stoppen, die wachsende Weltbevölkerung in Lohn und Brot bringen, nur Gutes produzieren und überall da einspringen, wo der Staat versagt oder fehlt. An so einem Erwartungshorizont kann man doch nur scheitern, oder?

Die Erwartungshaltung scheint enorm; und die Wirtschaft kann natürlich nicht alle Probleme des 21. Jahrhunderts allein lösen. Ein effizientes und zugleich kreatives Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und NGOs ist erforderlich. Mir ist bewusst, dass sich das anhört wie die Quadratur des Kreises. Aus Wirtschaftssicht würde ich aber zunächst einmal das Positive hinter der hohen Erwartungshaltung sehen, nämlich das Vertrauen in die Gestaltungskraft und den -willen von Unternehmen in Deutschland.

Sicherheit im Wandel

Eine Antwort auf die antiliberalen Revolte.

Von Ralf Fücks

Tempo und soziale Unwucht der Modernisierung erzeugen ein Grundgefühl von Unsicherheit. Es macht empfänglich für populistische Parteien. Wenn wir die offene Gesellschaft verteidigen wollen, müssen wir Freiheit und Sicherheit unter einen Hut bringen.

Wir leben in einer Periode stürmischer Veränderungen. Die Krise Amerikas und der Aufstieg autoritärer Mächte vergrößern die internationale Unsicherheit. Die weltweite Verflechtung von Märkten erhöht den Wettbewerbsdruck bis in die Mittelschichten.

Die digitale Revolution greift tief in die Berufswelt und unser Alltagsleben. Globale Migration dampft die Puffer zwischen uns und den anderen ein. Frauenemanzipation und Gleichstellung sexueller Minderheiten stoßen das Patriarchat vom Sockel. All diese Veränderungen laufen gleichzeitig und in hohem Tempo ab.

Für den gut ausgebildeten Teil unserer Gesellschaft bietet die beschleunigte Moderne trotz allem Stress gute Aussichten. Die „Generation Erasmus“ ist in einem Europa ohne Grenzen zu Hause. Ihnen steht die Welt offen. Multikulti ist für sie eine Bereicherung ihres Lebens, Globalisierung vermehrt ihre Optionen.

Wenn es ihrem Fortkommen dient oder die Liebe ruft, sind sie weder an einen bestimmten Ort noch an eine Sprache gebunden. Es sind diese Eliten in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien, die den liberal-kosmopolitischen Konsens geprägt haben, der durch das britische Brexit-Referendum, die Wahl Donald Trumps und den Auftrieb nationalistischer Parteien erschüttert wird.

Für viele kam die antiliberalen Revolte aus heiterem Himmel. Dabei waren ihre Vorzeichen schon lange sichtbar, spätestens seit dem großen Einbruch der Finanzkrise von 2007, die das Vertrauen in die herrschenden Eliten und die demokratischen Institutionen massiv erschütterte.

Seither dominiert das Gefühl von Kontrollverlust. Nicht zufällig lautete der Schlachtruf der Brexit-Befürworter*innen in Großbritannien „Let’s take back control“ – der Rückzug in die nationale Wagenburg als Rückversicherung gegen globale Migration und Freihandel. Auf dieser Welle schwamm auch Trump ins Weiße Haus.

Man kann darauf hoffen, dass der Erfolg der antiliberalen Revolte zugleich ihren Zenit markiert. Seither sehen wir eine demokratische Trotzreaktion. Trump verliert an

Rückhalt. In den Niederlanden und Frankreich wurden die Rechtspopulist*innen ausgebremst. Die 12,6 Prozent für die AfD in Deutschland sind ein Warnzeichen, aber noch keine Gefahr für die Demokratie.

Dennoch wäre es gefährlich, Entwarnung zu verkünden. Von China bis zur Türkei sind autoritäre Regime auf dem Vormarsch. Der Geist der „illiberalen Demokratie“ weht auch in der Europäischen Union. Ein Teil der Bevölkerung reagiert mit Abwehr auf das Neue.

Nationalismus und Islamismus

Die Veränderungen, die auf sie hereinprasseln, empfinden sie nicht als Chance, sondern als Bedrohung. Dabei mischt sich die Furcht vor sozialem Abstieg mit der trotzig-aggressiven Verteidigung traditioneller Geschlechterrollen und nationaler Selbstbilder. Eine Mehrheit sieht eher pessimistisch in die Zukunft. Das ist der Nährboden für identitäre Strömungen.

Sie versprechen Sicherheit durch den Rückzug in ein geschlossenes Weltbild und eine geschlossene Gemeinschaft. Völkischer Nationalismus ist die eine Variante, Islamismus die andere. In der Aversion gegen die offene Gesellschaft haben sie mehr gemeinsam, als es auf den ersten Blick scheint.

Die Frage ist, welche Antworten die liberale Demokratie auf die große Verunsicherung findet. Wir können uns nicht gegen die Veränderungen unserer Zeit abschirmen, sondern müssen sie als Gestaltungsaufgabe annehmen. Politik hat die Aufgabe, Veränderungen zu steuern, statt sie bloß zu verwalten.

Wenn globaler Wettbewerb, digitale Revolution oder die massenhafte Zuwanderung von Menschen aus anderen Weltgegenden als bloße Naturereignisse erlebt werden, die über uns hereinbrechen, zerstört das die Legitimation freiheitlicher Demokratien.

Spaltung in Gewinner*innen und Verlierer*innen

Die Väter der sozialen Marktwirtschaft wussten um die Bedeutung eines Ordnungsrahmens für das freie Spiel der Kräfte. Wenn sich die Reichweite nationaler Politik verkürzt, braucht es mehr europäische und globale Regulierung. Das gilt für den Klimaschutz wie für eine koordinierte Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Zugleich geht es um die Befähigung von Menschen, mit technischen und sozialen Veränderungen Schritt zu halten. Bildung und berufliche Qualifizierung sind keine Garantie für eine gelungene Biografie. Aber sie sind das beste Kapital, das wir Menschen auf den Weg geben können.

Wer die freiheitliche Demokratie verteidigen will, muss der Spaltung in Gewinner*innen und Verlierer*innen der entfesselten Moderne entgegenwirken. Sie untergräbt das Versprechen auf gleiche Chancen für alle.

Freiheit und Sicherheit

Wenn wachsende Unsicherheit mit wachsender Ungleichheit zusammentrifft, entsteht eine explosive Gemengelage. Der Populismus von rechts wie von links ist ein Warnsignal, dass sich in den westlichen Gesellschaften etwas zusammenbraut, das uns um die Ohren fliegen kann, wenn wir nicht gegensteuern.

Ausgangspunkt und Ziel des politischen Liberalismus ist die Freiheit des*r Einzelnen. Aber auch Liberale sollten das Bedürfnis nach Zugehörigkeit nicht ignorieren. Wir müssen zeigen, wie wir Freiheit und Sicherheit, Vielfalt und Gemeinsamkeit, Offenheit für Veränderungen und Schutz vor Verwerfungen unter einen Hut bringen können.

„Ein Europa, das schützt“ war ein zentraler Wahlkampfslogan Emmanuel Macrons: Niemand soll den Umbrüchen in Wirtschaft und Gesellschaft schutzlos ausgeliefert sein, alle haben den Anspruch auf Solidarität und Teilhabe.

Jeremy Corbyn, der unerwartete Star der britischen Labour-Partei, fängt dieses Grundgefühl mit seinem Slogan „Für eine Gesellschaft der vielen statt der wenigen“ ein, auch wenn sein Retro-Sozialismus eher an die Siebzigerjahre als an einen Aufbruch zu neuen Ufern erinnert.

Ideologisch ist Corbyn ein Mann der Vergangenheit, dennoch rennen ihm die jungen Leute die Bude ein. Er verkörpert die linke Variante einer Sehnsucht nach der solidarischen Gemeinschaft, einer progressiven Alternative zur völkischen Gemeinschaft von rechts.

Ein moderner Begriff von Sicherheit umfasst unterschiedliche Dimensionen. Erstens geht es um die klassische innere und äußere Schutzfunktion des Staates, insbesondere den Schutz vor Gewalt und Willkür. In Zeiten eines ideologisch aufgeladenen Terrorismus, der Wiederkehr des politischen Extremismus und organisierter Kriminalität bekommt die Frage der inneren Sicherheit eine neue Relevanz.

Menschen befähigen

Wer die liberale Demokratie verteidigen will, darf sie nicht den Feinden der Freiheit überlassen. Es muss neu durchdacht werden, was das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ bedeutet, wie weit wir uns auf den Weg präventiver Sicher-

heitspolitik einlassen und welche Kompetenzen wir den staatlichen Sicherheitsagenturen zubilligen wollen.

Zweitens geht es um die Fähigkeit des*r Einzelnen zu selbstbewusstem Handeln. Es kommt darauf an, Menschen zu befähigen, souverän mit technischen, sozialen, kulturellen Veränderungen umzugehen.

Was die Psycholog*innen „Ich-Stärke“ nennen, bedeutet innere Sicherheit im wörtlichen Sinn – eine Sicherheit, die von innen kommt. Sie entsteht, wenn Menschen die Erfahrung von Selbstwirksamkeit machen. Bildung und Erziehung spielen hier eine Schlüsselrolle. Wir müssen unser Bildungssystem darauf ausrichten, die innere Sicherheit von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Aufwertung nicht kommerzieller Arbeit

Drittens ist Freiheit von Furcht eine zentrale Bedingung für die freie Entfaltung von Menschen. Welche Rückversicherungen brauchen Menschen, um beruflichen und kulturellen Veränderungen selbstbewusst zu begegnen? Reichen unsere heutigen sozialen Sicherungssysteme aus oder brauchen wir neue Konzepte sozialer Teilhabe für die digitale Gesellschaft?

Wir sollten unsere sozialpolitische Fantasie nicht auf das Für und Wider eines bedingungslosen Grundeinkommens verengen. Mindestens so wichtig ist ein finanziell abgesichertes Recht auf Bildung und Weiterbildung, die Beteiligung breiter Schichten am Produktivvermögen und die Aufwertung nicht kommerzieller Arbeit.

Viertens brauchen wir eine neue Sicht auf die zentrale Rolle öffentlicher Institutionen als Stabilisatoren in Zeiten fundamentaler Umbrüche. Das öffentliche Bildungssystem, das weit verzweigte Netz von Museen, Theatern, Bibliotheken und Konzertsälen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Stadtwerke und Verkehrsbetriebe dienen nicht nur der „öffentlichen Daseinsvorsorge“. Sie sind zugleich republikanische Institutionen, symbolische Repräsentationen des demokratischen Gemeinwesens, die Teilhabe und Zugehörigkeit vermitteln.

In den letzten 25 Jahren erfolgte die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor allem durch eine Kürzung der Investitionen. Die Folgen sind inzwischen überall spürbar, vom miserablen Zustand vieler Schulen bis zu maroden Brückenbauten. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Investitionen in öffentliche Institutionen sind Investitionen in Demokratie.

Mit freundlicher Genehmigung des Zentrums für die liberale Moderne gGmbH

Bedingungsloses Grundeinkommen

Gedankenexperiment

In einem Raum befinden sich 15 Personen. Jede soll zwei britische Pfund bekommen. Der Gesamtaufwand liegt also bei 30 Pfund. Die zehn Reichsten im Saal werden gebeten, je drei Pfund beizusteuern, was in der Summe 30 Pfund macht. Wenn jetzt an alle je zwei Pfund ausgezahlt werden, haben die Reichen jeweils einen Pfund verloren. Die wirklichen Kosten lägen also bei zehn Pfund.

Rechenbeispiel von Elizaveta Fouksman, Universität Oxford

Unsere Vorstellung von Arbeit ist seit jeher damit verknüpft, damit den Lebensunterhalt zu verdienen. Von daher ist jede Diskussion über die Zukunft der Arbeit, über Verteilung von Arbeit oder gar dem Ende der Arbeit stets verbunden mit der Angst des Einzelnen vor dem Verlust der Existenzgrundlage.

Eine andere Art von Wirtschaft schafft eine andere Art von Gesellschaft, sagt dagegen Richard David Precht und glaubt, dass mithilfe der digitalen Revolution ein Menschheitstraum wahr werden könnte. „Die Produktivität der Technik steigt derart, dass Menschen ohne lästige Arbeit selbstbestimmt und in Wohlstand leben könnten“, so Precht im Magazin „t!“ . Doch wo bleibt der Lebensunterhalt?

„Ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.500 Euro gehört für mich zu einer humanen Gesellschaft, in der es für viele keine Erwerbsarbeit mehr geben wird“, so Precht in dem Interview weiter. „Beim Grundeinkommen ist es aber so, dass es ein Sockel ist, den jeder als Grundrecht erhält und deswegen auch nicht an Bedingungen geknüpft werden kann. Sonst wäre es ja kein grundrechtlicher Sockel mehr. Das Wahlrecht ist auch nicht an Bedingungen geknüpft.“

Ein Traum? Möglich, aber auch angesehene internationale Manager springen Precht bei dem Vorschlag bei: Vor knapp einem Jahr äußerte sich schon der Telekom-Vostandsvorsitzende Timotheus Höttges ganz ähnlich. „Es kann eine Grundlage sein, um menschenwürdiges Leben zu führen“, sagte er der ZEIT. Und auch Siemens-Vorstand Joe Kaeser glaubt an die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens über kurz oder lang. Es werden „einige auf der Strecke bleiben, weil sie mit der Geschwindigkeit auf der Welt einfach nicht mehr mitkommen“, so Kaeser auf dem Wirtschaftsgipfel der Süddeutschen Zeitung (SZ). Deshalb werde „eine Art Grundeinkommen völlig unvermeidlich sein“.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Zielkonflikt, der sich entlang der Frage der Finanzierung, aber auch der Wertigkeit von dann noch verbleibender Erwerbsarbeit entlädt. In einer aktuellen Umfrage der Unternehmensberatung EY sprach sich die große Mehrheit der Führungskräfte gegen die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland aus. So sind 84 Prozent der Umfrageteilnehmer*innen der Ansicht, dass bei dem derzeit stark diskutierten Konzept die Nachteile überwiegen oder dass sich Vor- und Nachteile die Waage halten (jeweils 42 Prozent). Lediglich 14 Prozent befürworten das bedingungslose Grundeinkommen. 67 Prozent halten es für betriebswirtschaftlich schädigend, weil in den unteren Einkommensklassen die Arbeitsmotivation sinken würde.

Auch was ihr eigenes Unternehmen betrifft, gehen die Befragten unterm Strich von negativen Auswirkungen auf die Motivation der Belegschaft aus: 37 Prozent erwarten, dass die Leistungsbereitschaft sinkt, wohingegen nur fünf Prozent von einem steigenden Einsatz ausgehen. Positive Aspekte des bedingungslosen Grundeinkommens sind nach Einschätzung von 62 Prozent der Befragten die Einsparung von Verwaltungskosten, wenn bisherige Sozialleistungen wegfallen. Und: Wenn Menschen eine Grundabsicherung erhalten, sind sie häufiger bereit, auch kurzfristige Jobs anzunehmen und beruflich etwas zu wagen (45 Prozent).

Jüngere Personalverantwortliche empfinden das Thema Digitalisierung insgesamt weniger bedrohlich und befürchten auch weniger Demotivationseffekte durch das Grundeinkommen als ihre älteren Kolleg*innen. „Die jüngere Generation fühlt sich besser auf die künftigen Entwicklungen vorbereitet. Zudem hat sie bereits andere Motivationsstrukturen, der Wechsel von Job und Arbeitgeber ist für sie zum Normalfall geworden“, folgern die Autor*innen der Studie.

Sollte es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben, halten 41 Prozent der Führungskräfte einen Betrag zwischen 751 und 1.000 Euro für adäquat, um die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Teilhabe zu erfüllen. Damit nennen sie etwa die Höhe der Zuwendungen, die ein Hartz IV-Empfänger erhält. Was die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens angeht, trifft von den beiden vorherrschenden Vorschlägen einer so genannten Roboter- oder Konsumsteuer die Konsumsteuer am ehesten auf Akzeptanz. Dieser Variante stimmen 42 Prozent der Befragten zu.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen kostet viel weniger, als man vielleicht glaubt. Das jedenfalls argumentiert Elizaveta Fouksman, eine am African Studies Center der Universität Oxford tätige Expertin für Internationale Entwicklung. Fouksman verweist auf eine Schätzung des Ökonomen und Philosophen Karl Widerquist, nach der ein Grundeinkommen von 12.000 Dollar für jeden Erwachsenen und 6.000 Dollar für jedes Kind in den USA pro Jahr gerade mal 539 Milliarden Dollar pro Jahr kosten würden. „Das ist bezahlbar“, sagt die Autorin.

Götz W. Werner, der Gründer von dm, ist der bekannteste Vertreter des bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland. Sein 2007 erschienenes Buch »Einkommen für alle« ist ein Klassiker der Literatur zum Thema. Jetzt erschien eine überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Neuauflage.

Darin warnt Werner vor den Folgen der Digitalisierung: Dem Rationalisierungstsunami „Industrie 4.0“ wird vermutlich jede dritte Stelle zum Opfer fallen. Auch viele geistige Arbeiten werden Computer künftig schneller und präziser erledigen als wir. Aber das Tempo dieses Wandels lässt die Lebensrisiken und Sorgen vieler Menschen leider schneller wachsen als ihren persönlichen Wohlstand. Denn wer nicht weiß, ob er künftig noch gebraucht wird, der wird nicht motiviert, sondern gelähmt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen schüfe vor allem Freiheit, so Werner in seinem Buch. Wer weiß, dass eine bescheidene, aber menschenwürdige Existenz jederzeit gesichert ist, der kann sich frei entscheiden, wie er seine Fähigkeiten und Neigungen in die Gesellschaft einbringen will. Denn unsere hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft hängt komplett von der Bereitschaft aller ab, für andere etwas zu leisten.

Götz Werner im Interview mit dem MDR: „Immer mehr Menschen wird die Tatsache bewusst, dass viele wertvolle Arbeit in der Gesellschaft getan werden muss, unbezahlt. Man muss sich nur mal vorstellen, wie unsere Gesellschaft aussehe, wenn es keine ehrenamtliche Tätigkeit gebe. Es wird ja in der Gesellschaft viel mehr ehrenamtlich geleistet als bezahlt. Das Problem für uns bewusstseinsmäßig ist, dass wir Arbeit und Bezahlung nicht voneinander trennen können.“



Götz W. Werner
Einkommen für alle. Bedingungsloses Grundeinkommen – die Zeit ist reif

KiWi-Paperback
ISBN: 978-3-462-05108-7
Erschienen am: 08.03.2018

€ 12,99

Internalisierung von Sozial- und Umweltkosten

Die Internalisierung ökologischer und sozialer Kosten ist seit jeher eine zentrale Forderung in der Nachhaltigkeitsdebatte. Aus gutem Grund: Allzu oft ist der Ehrliche der Dumme. Umwelt- und/oder Menschenrechtsfolgen werden nämlich von der Allgemeinheit oder gar nicht getragen, weswegen Nicht-Beachtung ein echter Kostenvorteil ist. Das gilt nicht nur im Falle offensichtlicher Regelverstöße (Compliance), sondern gerade eben auch bei den gesellschaftlichen Anliegen, die (noch) nicht rechtlich geregelt sind. Dazu zählt etwa der Beitrag der Wirtschaft zum Klimaschutz oder zur Einhaltung der Menschenrechte. Hier wird die Kalkulation betriebswirtschaftlich kompliziert und führt zu Zielkonflikten: Entsprechend ist die Internalisierung ökologischer und sozialer Kosten noch in den Kinderschuhen.

Prof. Dr. Eberhard Feess von der Frankfurt School of Finance and Management nennt den Zustand zwar ein Marktversagen, zugleich mahnt er aber an, dass eine „vollständige Internalisierung externer Effekte wegen der Probleme einer ökonomischen Bewertung der Umweltschäden sowie der Verursacher nicht möglich“ sei. Beispiel Klimafolgen: Aktuell klagt ein peruanischer Bauer mit Unterstützung von Germanwatch gegen den deutschen Energiekonzern RWE, weil er dessen CO₂-Ausstoß für die Gletscherschmelze in den Anden verantwortlich macht. Ob diese unmittelbare Kausalität zutrifft, wird das Oberlandesgericht (OLG) Hamm entscheiden müssen.

Internalisierung der Kosten als Incentives

Was kann ein Unternehmen also tun? Das Verursacherprinzip kann durchaus als Leitbild dienen, um auch ein entsprechendes Klimamanagement einzuleiten. Das fordert etwa Global Compact-Chefin Lise Kingo in einem Essay aus dem Dezember letzten Jahres: „Basierend auf unserer Arbeit mit über 70 Unternehmen, die bereits einen Preis für Kohlenstoff internalisiert haben, glauben wir, dass 100 US-Dollar der Mindestpreis sind, der erforderlich ist, um Innovationen anzuregen, Investitionen freizusetzen und Marktsignale zu verschieben, um die globalen Treibhausgasemissionen im Einklang mit dem Ziel von 1,5 bis 2 Grad Celsius zu reduzieren.“

In diese Richtung argumentiert auch die Science Based Target (SBT) Initiative von CDP, WRI, WWF und des Global Compact. Sie unterstützt Unternehmen dabei, wissenschaftsbasierte Ziele zur Reduzierung von Emissionen zu setzen. Seit dem Start im Jahr 2015 haben sich 208 Unternehmen zu wissenschaftsbasierten Zielen zur Verringerung der Klimaauswirkungen verpflichtet, und die SBT-Initiative hat seitdem die Ziele von 33 Unternehmen anerkannt und freigegeben.

Cynthia Cummis vom World Resources Institute (WRI) sagt: „Die SBT-Initiative bietet Unternehmen, die Nachhaltigkeit in ihre Unternehmenspraxis integrieren und ihren Teil dazu beitragen wollen, die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, eine wissenschaftlich gestützte

Methodik. Tetra Pak ist das erste Verpackungsunternehmen, das den Zielbewertungsprozess mit uns durchgeführt hat, und wir freuen uns, dass Tetra Pak sich einer wachsenden Zahl von Unternehmen angeschlossen hat, die die Vorteile einer kohlenstoffarmen Wirtschaft erkannt hat.“

Einen ähnlichen Weg geht man bei der BASF: Die hier entwickelte „Value-to-Society“-Berechnungen messen die Bedeutung finanzieller und sogenannter nichtfinanzieller Auswirkungen auf die Gesellschaft. Das macht die Ergebnisse direkt miteinander vergleichbar und Wechselwirkungen werden deutlich. Genutzt werden dafür Primärdaten der BASF-eigenen Produktion sowie Industriedurchschnittswerte für Zulieferer und Kundenindustrien.

Bilanzierung internalisierter Kosten

Nur Kosten ansetzen reicht nicht — sogenannte externe Effekte müssen Eingang in die Bilanzen und Firmenausrichtungen finden. Und genau an der Stelle fangen die wahren Herausforderungen oft erst an, sagt Unilever-Chef Paul Polman: „Die Wirtschaft ist dafür da, um der Gesellschaft zu dienen. Wir müssen einen Weg finden, dies auf eine nachhaltige und gerechtere Weise zu tun, nicht nur mit Ressourcen, sondern auch mit Geschäftsmodellen, die nachhaltig sind und angemessene Erträge erwirtschaften. Die meisten der Führungsqualitäten, von denen wir sprechen — Integrität, Bescheidenheit, Intelligenz, harte Arbeit —, werden immer da sein. Aber einige Fähigkeiten werden immer wichtiger, wie z.B. die Fähigkeit, sich langfristig zu konzentrieren, zielgerichtet zu denken, systemisch zu denken und viel transparenter und effektiver in Partnerschaften zu arbeiten. Es gibt enorme Herausforderungen, aber die Wirtschaftsführer leben von ihnen und sind gut aufgestellt, um sie zu lösen, da sie auch enorme Chancen bieten. Ich sage oft, es ist zu spät, um Pessimist zu sein.“

In die gleiche Richtung argumentiert auch der Präsident des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD). Bereits vor Jahren pointierte er, nur noch Buchhalter könnten die Welt retten. „Um alle Unternehmen an der Lösung der Probleme der Welt zu beteiligen, müssen wir die Rechnungslegungsvorschriften ändern. Wir erwirtschaften soziales Kapital, aber wir haben keine Möglichkeit, es unseren Aktionären zu zeigen — oder uns dafür verantwortlich zu machen. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass die Unternehmensberichterstattung deutlich macht, wie ein Unternehmen sein Geld verdient, und nicht nur, wie viel Geld es verdient hat. Für jeden robusten, bewährten KPI für die Rendite des Finanzkapitals brauchen wir einen weiteren für das Sozialkapital und noch einen für das Naturkapital.“

Nachweis der Zitate: Lise Kingo: Setting a \$100 Price on Carbon, Huffington Post, 22. April 2016. Paul Polman: Business, society, and the future of capitalism, McKinsey Quarterly, Mai 2014. Petter Bakker: Accountants Will Save the World, Harvard Business Review, 5. März 2013.

Buchbesprechung

Wir müssen (fair)handeln

Die Globalisierung schafft Gewinner*innen, aber auch Verlierer*innen. Besonders in Afrika ist die Lage prekär. In seinem neuen Buch „Unfair! Für eine gerechte Globalisierung“ fordert Bundesentwicklungsminister Gerd Müller eine gerechte Globalisierung für alle — und hat dafür einen Plan.

Keine Kanalisation, keine Energieversorgung und Unterkünfte aus Ästen und Plastikfetzen — viele Menschen in Entwicklungsländern leben unter unwürdigen Verhältnissen. In vielen Branchen wie etwa im Kaffee- oder Kakaosektor liegen die Löhne teilweise bei nur 50 Cent pro Tag. Gleichzeitig, so argumentiert Müller, sehen die Menschen dort dank moderner Medien und Werbung, wie ein Leben in Europa, aussehen kann. Die Folge sei, dass die Anzahl der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge, die nach Europa kommen, kontinuierlich ansteige.

Müllers Botschaft: Mehr Fairness für Entwicklungsländer

Unter dem Titel „Unfair! Für eine gerechte Globalisierung“ fordert Müller eine gerechte Weltordnung mit einem fairen Interessenausgleich. Er findet klare Worte für die Missstände, zeigt Perspektiven und Lösungen und beschreibt die Herausforderungen für Europa. „Lange Zeit war Europa Ausgangspunkt von Migration und Auswanderung. Heute ist dieser Kontinent eine Wohlstandinsel und damit auch das Ziel der Träume von Millionen Menschen“, schreibt Müller.

Was ist zu tun?

Im zweiten Kapitel seines Buches geht Müller auf die Frage „Was ist zu tun?“ ein. Im Fokus: Ressourcengerechtigkeit, Fairer Handel, Bildung und die Bekämpfung von Hunger. Konkrete Maßnahmen fasst er im „Marshallplan mit Afrika“ zusammen: „Wir benötigen einen Zukunftsvertrag zwischen Afrika und Europa“, betont der Minister. „Mit der Agenda 2063 der Afrikanischen Union beschreiben Reformpolitiker einen eigenen Weg ihres Kontinents. Die Geber-Nehmer-Mentalität gilt es abzulösen durch eine Partnerschaft, die auf Eigeninitiative und Verantwortung setzt.“ Für die Unternehmen bedeutet das vor allem: Arbeitsplätze schaffen. Die Jugend in Afrika benötigt jedes Jahr rund 20 Millionen neue Arbeitsplätze.

„Afrika braucht afrikanische Lösungen“

Weiterhin setzt der Bundesentwicklungsminister auf eine Wertschöpfung vor Ort — und nimmt dabei die afrikanischen Regierungen in die Pflicht. Eine neue Wirtschafts- und Handelspolitik sollte, so Müller, auf eine Diversifizierung der Wirtschaft, Wertschöpfung und Verarbeitung vor Ort ausgerichtet sein. Zusätzlich müsse die Landwirtschaft gefördert werden, ebenso wie die Entwicklung erneuerbarer Energien, da es ein „enormes Potenzial“ dafür gebe. Dabei ist sich Gerd Müller bewusst: „Entwicklung, Frieden und Wohlstand in Afrika zu erreichen, ist eine gewaltige Aufgabe. Allein die Tatsache, dass sich die Bevölkerung des Kontinents bis 2050 verdoppeln wird, zeigt die Größe der Herausforderung.“

Im letzten Kapitel gibt Gerd Müller einen Ausblick auf seine Vision für Afrika: Das Konzept einer ökosozialen Marktwirtschaft für alle. „Der Leitgedanke der sozialen Marktwirtschaft ist seit Ludwig Erhard ‚Wohlstand für alle‘. Die ökosoziale Marktwirtschaft ergänzt diesen Gedanken um die Forderung, dass dieser Anspruch innerhalb Rahmen der ökologischen Grenzen des Planeten umzusetzen ist“, erklärt er. Weltweite ökologische und soziale Mindeststandards sollen einen fairen, globalen Markt ermöglichen. Für ihn ist besonders wichtig: „Zukunft braucht Werte, Mut und einen Paradigmenwechsel. Nachhaltigkeit muss das Prinzip all unseres Tuns sein.“



Gerd Müller

Unfair! Für eine gerechte Globalisierung

Murmann Publishers

EAN: 9783867745802

Erschienen am 22.06.2017

€ 19,90

Ausgewählte Literatur

Digitalisierung

Jobs lost, Jobs gained: Workforce Transition in a Time of Automation, Hrsg. McKinsey Global Institute, Dezember 2017.
<http://bit.ly/2BxZXXx>

Künstliche Intelligenz wird zum Wachstumsmotor für deutsche Industrie, Pressemitteilung McKinsey & Company, 24.04.2017.
<http://bit.ly/2wi0RSc>

EY Jobstudie 2017: Digitales Arbeiten. Ergebnisse einer Befragung von 1.400 ArbeitnehmerInnen in Deutschland, Hrsg. Ernst & Young, 16.11.2017
<https://go.ey.com/2HhHH3y>

Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung, Hrsg. Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft, Juni 2017.
<http://bit.ly/2oWtNgj>

Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland, Kurzexpertise des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, April 2015.
<http://bit.ly/2Gb6DKL>

CSR im digitalen Zeitalter, Magazin UmweltDialog, November 2016.
<http://bit.ly/2FEiAuh>

Arbeit 2.0

Online-Arbeit auf Internet-Plattformen. Empirische Befunde zum „Crowdworking“ in Deutschland, Hrsg. Hans J. Pongratz, Sarah Bormann, Arbeits- und Industriosociologische Studien, November 2017.
<http://bit.ly/2mu2s44>

Crowd Worker in Deutschland. Eine empirische Studie zum Arbeitsumfeld auf externen Crowdsourcing-Plattformen, Hrsg. Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2016.
<http://bit.ly/2eA91xz>

Herausforderung Cloud und Crowd: Plattformen, Wertschöpfungssysteme und Arbeit gestalten, Hrsg. Prof. Dr. Andreas Boes, Barbara Langes (Hrsg.), September 2017.
<http://bit.ly/2Ga3o6f>

Der Job als Gig. Digital vermittelte Dienstleistungen in Berlin, Hrsg. ArbeitGestalten Beratungsgesellschaft mbH, November 2017.
<http://bit.ly/2BsSENM>

Dienstleistung via Plattform: Gute Arbeit in der Gig Economy?! Dokumentation des Fachdialogs am 2. November 2017, erstellt

im Rahmen des Projektes Joboption Berlin.
<http://bit.ly/2Gb2t5A>

Weißbuch Arbeiten 4.0, Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, November 2016
<http://bit.ly/2gaOxuB>

Unsere Vision einer neuen Arbeitswelt, Hrsg. Microsoft Deutschland
<http://bit.ly/2FBDavw>

Arbeitszeitreport Deutschland 2016, Hrsg. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, 2016.
<http://bit.ly/2xemtlB>

Verteilungsgerechtigkeit

Der Preis der Profite, Fact-Sheet Oxfam Deutschland, Januar 2018
<http://bit.ly/2FnIYJV>

Poverty and Shared Prosperity 2016: Taking on Inequality, Hrsg. World Bank, 2016
<http://bit.ly/2dpagPH>

Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2018, Hrsg. World Inequality Lab, deutsche Kurzfassung.
<http://bit.ly/2BdWg9A>

Einkommensverteilung in Deutschland, Hrsg. DIW Wochenbericht 3/2018
<http://bit.ly/2Ga4r6b>

Global Wealth Report 2017, Hrsg. Credit Suisse Research Institute 9/2017
<http://bit.ly/2BtSZTU>

19,7 % der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht
Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, 08.11.2017
<http://bit.ly/2yI1gSu>

WSI Verteilungsmonitor, Hrsg. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung
<http://bit.ly/2Df1eis>

Mehr Wachstum, weniger Ungleichheit und weniger Schulden: Öffentliche Investitionen lohnen sich, Studie BertelsmannStiftung, November 2017.
<http://bit.ly/2HkIKzs>

Tackling Inequality, Hrsg. IMF Fiscal Monitor, October 2017
<http://bit.ly/2ypO2sX>

Expert Papers Serie



Sustainable Development Goals



Ziel 1

Armut in jeder Form und überall beenden.



Ziel 2

Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.



Ziel 3

Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.



Ziel 4

Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern.



Ziel 5

Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen.



Ziel 6

Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.



Ziel 7

Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern.



Ziel 8

Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.



Ziel 9

Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.



Ziel 10

Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern.



Ziel 11

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.



Ziel 12

Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen.



Ziel 13

Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.



Ziel 14

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.



Ziel 15

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen.



Ziel 16

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.



Ziel 17

Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.